## Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode

06. 12. 95

Sachgebiet 2032

## **Bericht**

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 13/2210, 13/3243 –

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1995 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 – BBVAnpG 95)

## Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Ina Albowitz, Uta Titze-Stecher und Oswald Metzger

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, ausgehend von dem Tarifabschluß für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 3. Mai 1995 anzupassen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Bezüge um 3,2 v. H. linear zu erhöhen; für den Monat April 1995 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 140 DM gewährt. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf die Verlängerung der Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen aus Anlaß der Herstellung der Einheit Deutschlands bis zum 31. Dezember 1996 vor.

Ferner soll durch Einführung einer Stellenzulage für Verwendungen bei der zentralen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität und der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität die Gewinnung von qualifiziertem Personal sichergestellt werden.

Der Gesetzentwurf verursacht im Jahre 1995 für den Bereich des Bundes (ohne Bahn und Post) Mehrkosten in Höhe von 671,36 Mio. DM. Neben den Ländern und Gemeinden werden auch das Bundeseisenbahnvermögen und die Postunternehmen mit Mehrkosten belastet.

Darüber hinaus hat der federführende Innenausschuß beschlossen, die vorgesehene Einführung einer Stellenzulage für Verwendungen bei der zentralen Polizeilichen Ermittlungsstelle für die Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) und der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin zu streichen. Für abgeordnete Bundesbedienstete soll die bisher gewährte steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 450,– DM monatlich weitergewährt werden. Der Innenausschuß geht dabei von der Erwartung aus, daß auch die Länder für ihre zu den genannten Dienststellen abgeordneten Bediensteten eine entsprechende Regelung treffen.

Der Gesetzentwurf führt im Jahre 1995 zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte (einschließlich neue Bundesländer):

	Bundes- haushalt	Länder	Gemeinden	Sonstige	Bundes- eisenbahn- vermögen	Postunter- nehmen	Zusammen
		– Kosten in	Mio. DM –	-			
1. Kosten des Regierungsentwurfs							······································
- Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1995	389,02	1 598,89	204,04	36,35	121,62	285,36	2 635,28
Sonderzuwendung -)	(584,34)	(2 400,88)	(306,22)	(54,53)	(182,43)	(428,04)	(3 956,44)
<ul> <li>Versorgungsanpassung</li> <li>ab 1. Mai 1995</li></ul>	211,83	454,30	91,08	10,14	137,02	122,96	1 027,33
Sonderzuwendung -)	(317,74)	(681,45)	(136,62)	(15,21)	(205,53)	(184,44)	(1 540,99)
- Einmalzahlung April 1995  *) Besoldung	46,13 24,38	147,97 37,38	23,09 8,39	3,36 0,83	15,62 19,37	39,72 15,50	275,89 105,85
<b>Zusammen in 1995:</b>	671,36	2 238,54	326,60	50,68	293,63	463,54	4 044,35
zuwendung –)	(902,08)	(3,082,33)	(442,84)	(69,74)	(387,96)	(612,48)	(5 497,43)
2. Mehrkosten gegenüber Regierung	gsvorlage du	rch die Besc	hlüsse des 4. A	Ausschusses	vom 25, Okt	ober 1995	
<ul> <li>Artikel 2 §§ 3, 4</li> <li>Redaktionelle Änderungen der Regelungen über die Ein- malzahlung für April 1995</li> </ul>	– Keine Mehrkosten –						
<ul> <li>Artikel 3         Redaktionelle Umstellung bei der Anpassung von Erschwerniszulagen     </li> </ul>	– Keine Mehrkosten –						
- Artikel 4 Nr. 01 bis 04 Artikel 5 Nr. 1 Artikel 7 Nr. 1 bis 3 Artikel 8 Nr. 1 bis 4 Redaktionelle Anpassung des BBesG, BeamtVG, SVG und Sonderzuwendungsgesetzes aufgrund des Jahressteuerge- setzes 1996 (Folgeänderungen zum neuen Kindergeldrecht)	– Keine unmittelbaren Mehrkosten*) –						
<ul> <li>Artikel 7 Nr. 5</li> <li>Artikel 8 Nr. 6</li> <li>Weiterführung der personellen Aufbauhilfe im Beitrittsgebiet, insbesondere im Justizbereich</li> </ul>	– Geringfügige Mehrkosten –						
<ul> <li>Artikel 8a</li> <li>Redaktionelle Folgeänderung:</li> <li>Aufhebung der Befristung in der Sonderzuschlagsverord- nung, da Befristung in Er- mächtigungsnorm ebenfalls entfällt</li> </ul>	– Keine Mehrkosten– ,						
<ul> <li>Artikel 9a, 9b</li> <li>Verlängerung der Ruhensregelungen für Beamte, Soldaten und Richter im Ruhestand bei Aufbauhilfe im Beitrittsgebiet</li> </ul>	– Geringfügige Mehrkosten –						
Mehrkosten zusammen:	– Geringfügige Mehrkosten –						
Gesamtkosten des Gesetzentwurfs:	671,36	2 238,54	326,60	50,68	293,63	463,54	4 044,35
(Jahresbetrag 1996 – ohne Sonder- zuwendung –)	(902,08)	(3 082,33)	(442,84)	(69,74)	(387,96)	(612,48)	(5 497,43)

Die Kosten sind im Bundeshaushalt 1995 berücksichtigt.

 <sup>\*)</sup> Mittelbar können Mehrkosten entstehen durch Anhebung der kindergeldrechtlichen bzw. steuerrechtlichen Einkommensgrenze für Kindeseinkommen auf 12 000 DM/Jahr im Jahressteuergesetz 1996 (dadurch Erweiterung des Kreises der Kindergeldberechtigten). Beim Bund werden die Mehrkosten auf rd. 10 Mio. DM/Jahr geschätzt.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs sind im Bundeshaushalt 1995 bereits berücksichtigt.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 9. Dezember 1995

## Der Haushaltsausschuß

Helmut Wieczorek (Duisburg)	Dr. Klaus-Dieter Uelhoff	Ina Albowitz	
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatterin	
	Uta Titze-Stecher	Oswald Metzger	
	Berichterstatterin	Berichterstatter	